

Der Halle vierteljährlich bei zweimaliger
Auslieferung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., auswärts Aufschlaggebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Am nächsten Belegungs-Belegungs-
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständigen Belegungs-
nach dem Besten übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Bl.“ gestattet.

Hauptredaktion der Redaktion Nr. 1140;
der Kassen-Abteilung Nr. 176;
der Korrespondenz-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

werbes die 8 halbjährigen Kolonial-
stellen beim Reich mit 20 Pf., welche
aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in
unseren Anzeigenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle,
auswärts 1 M.

Ercheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltungs-
stelle: Halle, E. Braunhartsstraße 17;
Rebengasse 24.

Nr. 551.

Halle a. S., Freitag, den 24. November.

1911.

Deutschlands Vorgehen gegen Englands Eingreifen in unsere Marokkopolitik.

An die Darlegungen des Staatssekretärs Herrn von
Riderlen-Walchster hat sich bekanntlich in der Kom-
mission eine längere Aussprache geknüpft, deren hochinter-
essante Einzelheiten mit Namensangabe der Redner jetzt in
einem offiziellen Auszug veröffentlicht werden. Folgende
Mitteilungen geben ein Bild davon:

Abgeordneter Bebel: Mit großer Genugthuung konstatiere
ich, daß durch den Staatssekretär festgestellt worden ist, daß
Deutschland zu keiner Zeit irgendwelche Absicht auf Landver-
änderungen in Marokko gehabt habe. Er konstatierte ferner, daß
die Gründe, die die deutsche Regierung veranlaßt haben, von
einer Festlegung in Marokko abzusehen, von seinen Freunden
vollständig gebilligt wurden. Von Bedeutung wäre
nicht, wenn die militärischen Bedenken, die gegen eine Fest-
setzung sprächen, mitgeteilt würden. Er sei der Ansicht, daß die
strategischen Gründe, die zur Beachtung zwingen, eine Fest-
setzung in Südwestmarokko unmöglich machen.

Wir hätten ungewisselt mit dem Einlaß des „Panther“
in Agadir uns eine Propagation gegen Frankreich und
England zu schulden kommen lassen. Ueber verschiedene
Punkte erlitt er noch Aufklärung. Der Staatssekretär habe
die Depesche mitgeteilt, die der Reichsanwalt an die ver-
schiedenen Regierungen Europas gerichtet habe und in der als
Grund der Entsendung des „Panther“ die Beunruhigung der
deutschen Bevölkerung in Agadir angegeben sei. Diese Depesche
ist in der Presse am 3. Juli offiziell veröffentlicht worden.
Von einer Beunruhigung der Bevölkerung in Agadir habe man
aber nichts gehört. Nebenbei sei auch die Ansicht verbreitet,
daß dieser Grund nur ein Vorwand sei. Ich scheine nun, daß
auch die englische Regierung diese Erklärung so aufgefaßt habe.
Es werde behauptet, und darüber bitte er um Aufklärung,
daß man in den ersten Tagen des Juli (3. oder 4. Juli) von
englischer Seite eine Anfrage habe nach Berlin ergehen lassen,
die weitere Aufklärung verlangte. Weiter werde behauptet,
daß auf diese Anfrage eine Antwort nicht erfolgt sei.
Nach vierzehn Tagen sei dann eine zweite Anfrage nach Berlin
gerichtet, und von der darauf erteilten Antwort heiße es, daß
sie eine Injulte enthalten habe. Ich scheine zweifellos, daß
die Unterhaltung des deutschen Botschafters mit dem Minister
des Auswärtigen Grey in ganz ungewöhnlichem Tone und
ungewöhnlicher Form geführt worden sei. Der deutsche Bot-
schafter sei in einer solchen Erregung zu dem englischen
Minister des Aeußeren Edward Grey gekommen, daß dieser zu
ihm gesagt habe:

„Sie treten in einer Art und Weise auf, daß ich Sie bitten
müß, gehen Sie erst nach Hause und beruhigen Sie sich.“

(Zurufe.) Wenn dieser Punkt anders ausgefaßt wird, könnte
weder der „Vorwärts“ noch die englischen Quellen, auf die er
sich stütze, die Behauptung aufrechterhalten. Diese Art des
Verhaltens habe veranlaßt, daß das englische Ministerium sich
entschieden habe, mit der bekannten Rede vom 22. Juli her-
zutreten. Das Auftreten Lloyd George sei auch nach seiner
und seiner Freunde Ansicht sehr ungewöhnlich gewesen.
Es scheine ferner, daß bis zum 1. Juli über die Bedeutung
des „Panther“ in Agadir England nicht genügend unterrichtet
gewesen sei.

Abgeordneter Dr. Freiherr v. Hertling: Er sei überaus
begeistert über die Darlegungen, die auf Grund amtlichen Materials
gegeben seien, noch gegen die Regierung Vorwürfe erhoben
würden. Wenn Abgeordneter Bebel und zum Schluß darauf
hingewiesen habe, daß England mangelhaft unterrichtet ge-
wesen sei, so sei dem Staatssekretär doch mitgeteilt worden,
daß von der deutschen Regierung die ausländischen Mächte so-
fort über die Entsendung des „Panther“ unterrichtet worden
seien. Deutschland könne nicht dafür, wenn man in England
den französischen Erklärungen mehr geglaubt habe, als den
offiziellen deutschen Erklärungen.

Nachdem ferner bereits von deutscher Seite Frankreich
erklärt worden war, daß Deutschland sich nicht weiter an die
Agadirtransaktion binde, war die Frage nicht gegen die Ent-
sendung des „Panther“ nach Agadir nicht mehr einzuwenden.
Er könne nur sagen, daß er und seine Freunde nach den Aus-
führungen des Staatssekretärs

mit dem Verhalten der kaiserlichen Regierung gegenüber
Frankreich durchaus einverstanden seien.

Es sei ferner zu bemerken, daß die Beziehungen gegenüber
England. Er habe schon im Plenum angedeutet, daß ihm nicht
zweifelhaft sei, daß deutscherseits energisch in England voran-
gegangen sei. Er könne nur den Wunsch wiederholen, daß das,
was deutscherseits geschehen sei, nach Außen auch in Erscheinung
treten müsse, damit die Befürchtung gestreut werde, die deutsche
Würde sei nicht genügend gewahrt worden.
Abgeordneter Wassermann: Im Plenum habe er den
Standpunkt vertreten, daß Deutschland Landwerb in Mar-
okko um den Preis eines Krieges nicht wollte, daß aber von
besonderer Bedeutung die Aufrechterhaltung der Selbständig-
keit Marokkos, das heißt die Fernhaltung französischen Protek-
torats, gewesen wäre.
Was die allgemeine Meinung über Marokko anbelangt,
so haben sich die Anschauungen über den Wert des Landes
zweifellos geändert, namentlich bezüglich der ganzen Man-

tanteressen. Damit sei das Interesse des deutschen
Publikums und der ganzen öffentlichen Meinung gewachsen.
Die Entschädigung konnte nicht ausbleiben. Die Betrachtungen
des Staatssekretärs über die Schwere der Verantwortung
offenen Marokkopolitik trafen bis zu einem gewissen Grade
auf jede Kolonialpolitik zu. Hervorzuheben möchte er, daß die
Behauptungen, daß in früheren Stadien Gelegenheit zu einer
direkten Verständigung mit Frankreich gegeben gewesen wäre,
nach den Ausführungen des Staatssekretärs unrichtig seien
und nicht mehr aufrecht erhalten werden könnten. Die Frage
bleibe offen, ob die Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir
ein Mittel war, welches dem Zweck adäquat war. Nach Ansicht
seiner politischen Freunde sei dies nicht der Fall.
Redner betont weiter, daß die

**schweren Vorwürfe, die bis heute gegen die Leitung der aus-
wärtigen Politik erhoben seien, angefaßt der Tatsache, daß
durch Frankreich veranlaßt, England sich in die Verhandlungen
einbringen wollte, nicht erhoben worden wären, wenn das tat-
sächliche Vorgehen Deutschlands in der Öffentlichkeit bekannt
geworden wäre,**

und wenn man nicht leider die Defensivität gänzlich über
die Stellung gegenüber England im unklaren gelassen hätte.
Aus der Ausführung des Staatssekretärs geht hervor, daß wir
nicht an der Kriegsgeschichte vorbeigegangen sind, und es frage
sich wiederholt, ob das starke Mittel der Entsendung des
Kriegsschiffes nach Agadir im Einklang stehe mit dem, was
wir erreicht haben, und mit dem Einfluß auf die allgemeine
deutsche Politik, insbesondere unsere Orientpolitik. Es zeige
sich eben, daß man auswärtige Politik nicht machen könne in
vollständiger Entfernung vom Empfinden des Volkes, dies habe
die Leitung unserer auswärtigen Politik erkannt, und darum
liege die Erklärung für die berechtigte Mißstimmung im Volke.
Abgeordneter D. Naumann: Er könne sich im wesentlichen
auf das beziehen, was Abgeordneter Wassermann ausgeführt
habe. Auch seine Freunde hätten ernsthaft Bedenken gehabt,
die auch nach nicht ganz überwinden seien, ob jenes stark
Mittel notwendig war, um eine Fortsetzung der Verhandlungen
zu erreichen.

Die ganze deutsche Aktion sei mit absoluter Disziplin ge-
führt worden, auf die sich nachträglich das Auswärtige Amt als
eine tadellose Leistung

berufen könne, indem es sage: „Die Franzosen haben ihrer-
seits den Abmachungen zuwider der Presse und den Engländern
Mittelung gemacht, während wir die Abmachungen gehalten
haben!“ Man müsse dabei jedoch berücksichtigen, daß die fran-
zösische Politik im Einvernehmen mit der eigenen öffentlichen
Meinung und mit der Unterstellung anderer Staaten ge-
arbeitet habe, während in Deutschland die öffentliche Meinung,
weil sie viel zu lange in Unkenntnis gehalten worden sei, sich
aufgebäumt habe.

Der Staatssekretär habe als Grund, warum wir nicht
einen Teil von Marokko haben wollten, angeführt, es sei

keine Besiedlungsmöglichkeit
vorhanden, weil man nicht gewußt hätte, woher man die
Bauern hätte nehmen sollen. Er sei der Ansicht,
daß sich diese Frage mit einer Anfrage bei der Anhebungs-
kommission in Wien hätte erledigen lassen. In Süd-
westdeutschland gäbe es zahlreiche Bauernhöfe, die sich gern
selbständig machen würden. Er habe eine ziemlich ausführliche
Anschauung von der Anhebung in Algerien. So gut diese
mittel 1871 bis 1873 ausgewanderten Elässer Bauern heute
eine feste Bauernwirtschaft in Algerien haben, lese er keinen
Grund, von vornherein zu leugnen, daß auch auf marokka-
nischem Gebiet eine ähnliche Anhebungsmöglichkeit vor-
handen sei.

Der Staatssekretär habe ferner mitgeteilt, daß im Jahre
1905 zur Zeit des Ministeriums Kowrier bestimmte positive
Vorschläge über Marokko an Deutschland nicht gelangt seien.
Die Worte „positive Vorschläge“ seien auch sonst in den Dar-
legungen des Staatssekretärs an den verschiedensten Stellen
wiedergekehrt. Ihm sei glaubhaft mitgeteilt worden, daß
Kowrier eines Tages unseren Botschafter in Paris, den Fürsten
Rabotin, gefragt habe:

„Würden die Preußen zufrieden sein, wenn sie jetzt
Casablanca hätten?“

Darauf solle von Auswärtigen Amt nach Paris geantwortet
sein, wir wünschten keine Anrechnungen von jener Seite. Er
bitte hierüber noch um nähere Aufklärung.

Redner betonte weiter, daß durch das Abkommen Deutsch-
land nicht nur formelle Rechte ausgegeben habe, sondern seine
Stellung zur

mosammedanischen Gesamtpolitik
geändert habe. Es habe in diesen Tagen einen Strich unter
die Politik gemacht, die seit 1871 mit Konstantin und Opaten
und Eingebung getrieben worden sei, unter jene Politik der
Unterstützung des Mosammedanismus mit dem Blick auf künf-
tige politische Verbindungen. Er erinnere an die Rede
des Kaisers in Damaskus, die noch heute im Orient
in guter Erinnerung sei, und an die Kaiserrede in
Langer. Diese Kaiserreden seien vielseltig zu exponierte

Exponenten einer an sich richtigen Orientpolitik gewesen. Durch
die gegenwärtige Politik habe Deutschland seine bisherige Po-
sition in der Mittelmeerpolitik eingebüßt, und daraus erkläre
sich jene tiefe und innere Beforgnis, mit der viele Staats-
bürger dem ganzen Vorgehen auch nach den jetzt gegebenen
Erklärungen gegenübersehen.

Abgeordneter Graf v. Westarp: Auch er könne sich in
wesentlichen Punkten den Ausführungen des Abgeordneten
Wassermann anschließen, wenn er auch nicht einen Laibel über
die Entsendung des „Panther“ aussprechen wollte. Das Urteil
darüber sei sehr schwierig, und es scheine ihm nicht angebracht,
entgütig zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Er gebe ferner
zu, daß die Frage des Landwerbs in Marokko zweifelhafte
Natur sei.

Zur weiteren Aufklärung könne er aber nicht auf die
Besprechung der Verhandlungen, die mit England gepflogen
sind, verzichten. Nach unwillkürlich gebliebenen Nach-
richten beruhe die Rede von Lloyd George auf einem

Befehlenden Befehl des englischen Ministeriums,
und er müsse sagen, daß es ihm unverständlich sei, wie neben
den Verhandlungen vertraulicher und offizieller Natur ein
solcher Vorstoß seitens des Ministers Lloyd George moge
genommen werden konnte. Für die Öffentlichkeit sei absonder-
lich die Rede des Ministerpräsidenten Asquith vom 27. Juli ge-
kommen.

Weiter sei dann das Interview des englischen Botschaf-
ters in Wien, des Herrn Cartwright, gekommen. Dieser
habe in der Öffentlichkeit am 28. August nur die Verant-
wortung dafür abgelegt und in der Erklärung vom
13. September betont, daß gewisse Darstellungen in der
Presse nicht von ihm ausgegangen seien, aber er selbst hat
öffentlich niemals deminiert, daß er die Aussagen der ver-
redenden Art getan habe. Deshalb ist in
der Öffentlichkeit aber der Eindruck befestigt geblieben, daß
ein englischer Botschafter am Wiener Hof sich derartige
Aussagen erlaubt habe. Um dieselbe Zeit habe ferner
der englische General French nach unwillkürlichen
Nachrichten die französischen Besetzungen an der Grenze
bestätigt.

Es komme ihm im gegenwärtigen Augenblick nicht
darauf an, eine Kritik über das Verhalten der Regierung
auszusprechen.

**Er wolle auch nicht den Vorwurf erheben, daß sie den
deutschen Standpunkt England gegenüber nicht genügend
vertreten habe.**

Nach dem, was heute mitgeteilt sei, müsse er persönlich sagen,
daß das Geschehene genüge. Er müsse jedoch feststellen, daß
bisher in der Öffentlichkeit von jener Zurückweisung Eng-
lands nichts bekannt sei.

Abgeordneter Dr. Arendt: Vom Abgeordneten Wasser-
mann sei die Entsendung des Kriegsschiffes nach Agadir
getadelt worden. Er stelle zur Erwägung, wie die Dinge
ohne jene Entsendung gelaufen wären. Voraussetzlich wäre
die Marokkofrage in ein Stadium der Verjüngung ge-
raten, und wir würden, wenn wir heute über diese An-
gelegenheit zu beraten hätten, dem Staatssekretär die
schweren Vorwürfe machen, daß er untätig zugehören hätte,
wie die Franzosen sich mehr und mehr in Marokko festsetzten,
ohne daß wir etwas dagegen hätten tun können. Wenn er
auch vollkommen anerkenne, daß die Entsendung des
„Panther“ nach Agadir ein sehr gewagter Schritt
gewesen sei, so müsse er doch aussprechen, daß eine militä-
rische Demonstration an der Westgrenze, wie sie vom Abgeor-
deten Wassermann empfohlen sei, ein viel gewagteres Spiel
gewesen wäre, das sogar zum Krieges führen müßte.
Der Abgeordnete Wassermann habe aber doch selbst einen
Krieg um Marokko nicht gewollt.

Die Expedition von Agadir sei gelungen,

der Erfolg sei auf der Seite der Politik des Staatssekretärs.
Aberdings könne der Erfolg bei der Beurteilung der ganzen
Frage allein nicht entscheidend sein. Man müsse erwägen,
welche Folgen aus diesem Experiment hätten entstehen kön-
nen. Aus den heute gehörten Ausführungen geht hervor,
daß die Situation in den Julitagen eine sehr kritische ge-
wesen sei. Er schließe sich den Ausführungen des Abgeor-
deten Grafen v. Westarp an, daß auf die öffentliche Rede von
Lloyd George ein öffentlicher deutscher Gegenstoß hätte er-
folgen müssen. Deshalb bedauere er, daß der Reichsanwalt
in seinen Ausführungen im Plenum die Antwort, die man
in jenen Tagen nach England gerichtet habe, überhaupt nicht
erwähnt habe.

Staatssekretär v. Aiderlen-Walchster bestatigt dem Ab-
geordneten Grafen v. Westarp, daß
keine Anfrage von der englischen Regierung an die deutsche
Regierung gerichtet worden sei, die die deutsche Regierung
nicht beantwortet hätte.

Er habe geglaubt, daß er dies schon zu Beginn seiner heuti-
gen Ausführungen deutlich hervorzuheben habe. Die irri-
gen Anschauungen in der Presse zu deminieren, habe er
nicht für notwendig gehalten, da er sonst aus dem
deminierten gar nicht herauskäme.

Gegenüber dem Abgeordneten D. Raumann bemerke er, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß dem Fürsten Radolin gegenüber etwas von einer Abtretung Casablanca seitens der französischen Regierungsvorleiter gesagt worden sei.

Was die deutsche Kampfpolitik anbelange, die jetzt ungelöst sein sollte, so glaube er, daß die Zusammengehörigkeit der Maroccaner mit der Türkei überflüssig werde. Auch müsse er sich dagegen wenden, daß mit der jüngsten Marokkopolitik das Hauptprinzip der Politik des Fürsten Bismarck verlassen sei. Dieser habe sich unsere Politik darauf gestützt, die Souveränität des Sultans von Marokko aufrecht zu erhalten. Es sei jedoch nicht möglich gewesen, diese Politik fortzusetzen, da der Sultan seine Souveränität selbst veräußert habe. Er glaube auch nicht, daß man in der islamitischen Welt erwartet habe, daß Deutschland eine fiktive Souveränität stiften solle. Deutschland habe sich an die Tatsachen halten und aus diesen das Fazit ziehen müssen.

Nun sei behauptet worden, die deutsche Regierung hätte über die Entsendung des „Panther“ nach Agadir die öffentliche Meinung nicht genügend aufklärt. Er verweise darauf, daß in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ausdrücklich erklärt worden sei, daß der „Panther“ zum Schutz unserer Interessen nach Agadir geschickt worden sei. Auch sei gesagt worden, daß, wenn die Franzosen nach Agadir gehen und sich dort weiter festsetzen würden, wir unsere Missionen nicht zu wiederholen würden.

Ferner sei behauptet worden, er habe eine Äußerung getan, wir wollten einen oder drei Häfen von Marokko nehmen. Das sei unklar. Ueber die Verarmung der Journalisten finde sich ein guter Bericht in den „Grenzboten“. Einer der Hauptgründe, warum der Gedanke sich verbreitete, in Marokko einen Fuß zu fassen, liege in der Broschüre des Dr. Claf. Diese Broschüre sei ihm bekannt gewesen, bevor sie in der Öffentlichkeit erschienen sei. Dies heiße aber doch nicht, daß er ihr zugestimmt habe. Er habe vielmehr dem Herrn, der sie ihm in Entwurf gezeigt habe, ausdrücklich vom Druck abgeraten. Die Broschüre würde übrigens anders beurteilt werden sein, wenn sie vollständig erschienen wäre, denn weiter habe darin zum Beispiel gestanden, wir sollten nicht nur Marokko, sondern auch das Rhodeneckartement uns friedlich aneignen.

Abgeordneter Debebour: Er glaube gern, daß der Staatssekretär seine Auffassung England gegenüber mit Hilfe der Reichspresse zu veröffentlichen imstande sei. Der Herr sei nur der gewesen, daß diese Auffassung nicht sofort nach der Entsendung des „Panther“ in autoritativer Weise in die Öffentlichkeit gekommen sei.

Abgeordneter Dr. Spahn: Der Staatssekretär habe mitgeteilt, daß im Jahre 1899 bei Salisbury die Frage angeregt wurde, ob nicht Deutschland den westlichen Teil von Marokko erhalten könne. Am 21. März 1899 sei das Abkommen zwischen Frankreich und England abgeschlossen, in dem die Interessensphäre in Nordafrika zwischen England und Frankreich geteilt worden sei. Er bitte um Auskunft, ob jene Abgabe Chamberlains vor oder nach Abschluß des Vertrages stattgefunden habe.

Abgeordneter Graf v. Bismarck: Er habe nochmals um Auskunft, ob die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli auf einem Beschlusse des englischen Ministeriums beruhe.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte über die Unterbrechung der nächsten Sitzung beschloß die Kommission, wie mitgeteilt, die nächste Sitzung am Montag, den 27. November, abzuhalten.

In parlamentarischen Kreisen will man wissen, daß sich die Anspielung des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter, daß die Rede von Lloyd George unter anderem durch die Verdächtigungen der deutschen Politik durch einige Beamte hervorgerufen worden sei, auf den englischen Botschafter in Paris, Sir Bertie, bezöge. Bertie, dessen Abreise gegen Deutschland bekannt ist, sei persönlich nach London gereist, und seine überlebenden Berichte hätten dem die englische Regierung veranlaßt, durch den Mund von Lloyd George die bekannte Warnung an Deutschland zu richten. Uebrigens soll auch Sir Nicolson selbst in seinem Berichte an Sir Grey die Haltung Deutschlands nicht so präzis ausgedrückt haben, wie sie ihm von dem deutschen Botschafter auf Grund der diesem erteilten Instruktionen angehen worden ist.

Der Ernst der Lage bleibt . . .

In einem anscheinend offiziellen Berliner Telegramm erklärt die „Köln. Ztg.“ mit Bezug auf Kiderlen-Waechters Ausführungen zu der Einmischung Englands: Die akute Krisis ist vorüber. Aber der Ernst der Lage bleibt bestehen. Mit nicht größerer Spannung als bisher erwartet man nunmehr die englischen Erklärungen, die Aufschluß darüber geben sollen, wie England in Zukunft seine Politik Deutschland gegenüber orientieren will. Von der Stellungnahme der englischen öffentlichen Meinung und der Regierung werde es abhängen, wie sich in Zukunft die Beziehungen zwischen Deutschland und England entwickeln werden, ob sie nichtträglich und schließlich bleiben oder ob sie noch in besseres Geleise hineingeleitet werden könnten.

Unzulängliche Kriegsbereitschaft.

London, 23. Nov. Lord Charles Beresford hielt gestern Abend in Portsmouth eine Rede, in der er ausführte:

Die Lehre der letzten Krisis zeigte, wie notwendig es war, jeden Augenblick auf plötzliche Feindseligkeiten gefaßt zu sein. Verschiedene zur öffentlichen Kenntnis gekommene Tatsachen, die mit der Flotte in Zusammenhang stehen, haben demiesen, daß England nicht darauf vorbereitet war. Derartige plötzliche Vorbereitungen während einer Krisis zu treffen, lassen uns als kriegerischen Volk gegenüber der anderen Nation, in diesem Falle Deutschland, erscheinen. Ich glaube zuversichtlich, daß die jüngst gekommene Erfahrung die Regierung aneisen wird, einen Entwurf einzubringen, der für den Seekrieg einen Ersatz schafft, der von Zeit zu Zeit an die Flottenbedürfnisse erinnert. Während der Krise ist die britische Flotte längs der ganzen Küste verteilt gewesen; aber wir hatten keine militärische Bewachung der Westküste und der Munitionsmagazine noch, was wichtiger ist, jener Strecken der Eisenbahn, wo der Durchbau

jeden Augenblick gestört werden konnte. Wir hatten keine Minenräuber für die Häfen und für die Fahrstraßen. Die Verkehrsstraßen waren ohne Kreuzer, ungeachtet der Londoner Deklaration, welche die Kaperei gestattet, durch die unsere Verkehrsstraßen bei einem plötzlichen Angriff abgeblockt werden konnten. Wir hatten in Nordsee keine Oelorräte für die Torpedobootsgeräth, und das Brennmaterial mußte ihnen erst von den Schiffsstationen überlassen werden. Ein solches Nichtigkeitsgefühl sei der Tatsache zuzuschreiben, daß England keinen Kriegsmarinestab hat, wie ihn jede andere Nation besitze. Wenn hierzu Geld notwendig sei, möge man die Sache in Ordnung bringen; er glaube, man solle eine Anleihe aufnehmen, und wahrscheinlich werde dieses auch getan werden.

Die Aufklärungen des Herrn v. Kiderlen-Waechter.

Die Rede Lloyd Georges. — Die Drohung. — Die schwarze Gefahr. (Schluß.)

Der Staatssekretär konstatierte ferner, daß die in einem Teil der deutschen Presse aufgestellte Behauptung, die deutsche Regierung habe der englischen auf eine Anfrage 14 Tage keine Antwort gegeben, hinwählig sei. Als die Antwort an den deutschen Botschafter auf die an Sir Edward Grey angetragenen Fragen abgegangen war, sei in Berlin der Wortlaut der

Rede Lloyd Georges

bekannt geworden, der sie im Mansionshouse am Abend des 21. Juli, also gerade am Tage der Unterbrechung zwischen dem Botschafter und dem englischen auswärtigen Minister, gehalten hatte. Es sei nicht möglich gewesen, einer inzwischen eingegangenen Anregung des englischen Ministers stattzugeben, ihn zur Verwertung unserer Mitteilung, daß wir keine Absichten auf marokkanisches Territorium hätten, im Parlament zu ermächtigen. Dies hätte den Schein hervorgerufen, als sei diese Erklärung als Folge der Lloyd Georges'schen Rede abgegeben worden. Unter dem 24. Juli sei der Botschafter in London beauftragt worden, auf folgendes hinzuweisen:

Einem großen Teil der englischen Presse und der gesamten französischen Presse habe die in dem Wortlaut bekannt gemachte Rede des englischen Schatzkanzlers Anlaß zu heftigen Angriffen auf Deutschland gegeben. Es könne dahingestellt bleiben, wie weit diese Wirkung von dem englischen Minister beabsichtigt gewesen sei. Die englische Regierung werde sich aber dem Eindruck nicht verschließen können, daß diese Wirkung der Rede eines ihrer Mitglieder hier in hohem Grade habe verstimmt müssen. Deutschland habe Frankreich Vorschläge gemacht, welche durchaus loyal und annehmbar erschienen. Sie bezögen sich auf solche Gebiete, in denen englische Interessen weder direkt noch indirekt engagiert seien. Wenn trotzdem England Wünsche auszusprechen zu sollen glaube, so könnte es diese ja auf dem üblichen diplomatischen Wege übermitteln. Wenn statt dessen die englische Regierung durch eines ihrer Mitglieder öffentliche Erklärungen abgeben lasse, die zum mindesten als eine Warnung an unsere Adresse gedeutet werden könnten, und die von englischen wie französischen Blättern tauschlich als

eine an Drohung grenzende Warnung

gedeutet worden seien, so falle es schwer, hierfür die Gründe zu erkennen. Die englische Regierung könnte nicht im Zweifel darüber sein, daß eine freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die sie selbst zu wünschen behaupte, dadurch nicht gefördert werde. Bei dem seit einiger Zeit von einem Teile der englischen und fast sämtlichen französischen Blättern gegen Deutschland ausgesprochenen Ton hätte die englische Regierung sich über die von der Rede des Schatzkanzlers zu erwartende Wirkung nicht im unklaren sein können. Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewalttätigen Entladung entgegenzutreten, so hätte sie allerdings ein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers.

Daraufhin habe der Botschafter gemeldet, Sir E. Grey habe zwar ausgeführt, die Mitteilungen über die Absichten Deutschlands, sein Gebiet in Marokko zu erwerben, parlamentarisch nicht zu verwenden, aber bemerkt, er habe dann auch kein Mittel, hinsichtlich unserer angeblichen Absichten auf Agadir die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Die Rede des Schatzkanzlers habe der Minister als maßvoll vertriebt und behauptet, es sei durchaus richtig gewesen, daß sie gehalten wurde. Sie enthielte keine Drohungen gegen Deutschland. Der Botschafter habe dann den Minister erneut auf die Tatsache hingewiesen, daß die englisch-französische Presse die Rede des Schatzkanzlers als eine Drohung gegen Deutschland hingestellt habe. Der Minister habe hervorgehoben, daß Deutschlands eventuelle Absicht, die Wiederherstellung des Status quo ante allein vorzunehmen geeignet sei, der Marokkofrage eine noch ernstere Bedeutung zu geben. Gegen die Auffassung, daß die englische Regierung eine deutsch-französische Vereinbarung nicht wünsche, habe sich der Minister verwahrt. Er müsse aber auch darauf hinweisen, daß falls englische Interessen im Laufe der Marokkofrage tangiert würden, die englische Regierung sie wahrnehmen müsse. Der Botschafter habe daraufhin betont, daß niemand England dieses Recht bestritte. Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Interessen oder Rechte zu verfügen. Diese Absicht bestuhe nur in der englischen Imagination. Die englische Regierung habe keinen Grund zu diesem Verdacht, der auch aus der Rede des Schatzkanzlers spreche, die deshalb

provokatorisch gewirkt

habe. Gegebenenfalls würde Deutschland die Mitwirkung der anderen Signatarmächte zur Wiederherstellung des Status quo willkommen sein. Nur wenn diese ausbliebe, würde es sein Recht allein durchsetzen.

Beziehende Warnungen würden Deutschland nur zum Selbstschaden an seinem Recht ermuntern.

Es sei daraufhin durch eine neue Instruktion an den Botschafter am 26. Juli Sir E. Grey beantwortet worden, aus den offiziellen Mitteilungen habe er ersehen müssen, daß englische Interessen bei den Verhandlungen mit Frankreich nicht berührt würden, es werde also von seiner demütigen Loyalität erwartet, daß er dem, ohne auf die vertraulichen Details unserer Mitteilungen einzugehen, im Parlament Ausdrück geben würde. Der

Botschafter sei ferner beauftragt worden, gern davon Akt zu nehmen, wenn Sir Grey ausgesprochen habe, daß ihm eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erwünscht sei, und der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß dies im hohen Grade den Verhandlungen förderlich sein werde. Mit diesem Wunsch sei aber schwer in Vereinbarung zu bringen, wenn englischerseits ohne Kenntnis unserer Gegenleistung auf politische Gebiete unsere Forderungen wären. Die Verhandlungen mit Frankreich bezielend, insbesondere afrikanisches Gebiet zu vermindern oder ganz zu beseitigen, sei Deutschlands erstwärtiger Wunsch. Wenn England dies ebenfalls wünsche, dann könne es hierzu nur dadurch beitragen, daß es beruhigend auf die jetzt in Frankreich sehr aufgeregte Stimmung einwirke, welche durch falsche Ausstellungen und habe Instruktionen hervorgerufen sei. Am 27. Juli sei dann eine offenbar inspirierte Mitteilung durch Reuters Telegraphen-Bureau veröffentlicht worden. Es hieß darin, es wäre verfehlt, aus den Beratungen englischer Minister den Schluß zu ziehen, daß die englische Regierung beabsichtige, sich an den gegenwärtigen Verhandlungen mit Deutschland unmittelbar oder indirekt zu beteiligen. Die Veränderungen in den Dispositionen der Seemarine und der afrikanischen Flotte hätten mit den marokkanischen Ereignissen nichts zu tun. Von diesem Zeitpunkt an seien unsere Verhandlungen mit Frankreich besser normiert gekommen.

Der Staatssekretär erörterte schließlich noch die Frage, aus welchen Gründen wir

von einer Gebietsverwerbung in Marokko nichts wissen

wollten. Zunächst müsse man bedenken, daß wir uns eine große Last aufgeladen hätten. Der französische Einfluß in Marokko sei sehr stark. Zum mindesten hätte Frankreich von dem benachbarten Algerien aus seinen Einfluß stets in einem Deutschland unangenehm Sinne geltend machen können. Dann aber hätten sich einer Befehlsung auch in Marokko selbst eventuell sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Man brauche in dieser Beziehung ja nur an die gegenwärtigen Vorgänge in Tripolis zu erinnern. Weiter frage er sich auch, was wir mit Marokko hätten anfangen sollen. Marokko werde immer als Siedlungsland hingestellt. An deutschen Bauern haben wir selber keinen Interesse, und man bedente, mit welchen Schwierigkeiten der deutsche Bauer in Südmorocco zu kämpfen habe. Zunächst mit Klimatischen. Außerdem würden sich Schwierigkeiten aus den Verhältnissen an Grund und Boden ergeben, die äußerst kompliziert seien. Weiter werde hervorgehoben, daß Frankreich Marokko als Rekrutierungsquelle benützen könne, es werde von der

„schwarze Gefahr“

gesprochen. Zunächst aber müsse Frankreich, selbst wenn sich der Gedanke der Schaffung einer afrikanischen Armee würde verwirklichen lassen, im Falle eines Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch mehr europäische Truppen in Marokko ziehen lassen, als es aus der Kolonialarmee nach einem europäischen Kampfpuls hinreichend sein. Sodann sei es zum mindesten sehr fraglich, ob die Franzosen in absehbarer Zeit in Marokko die allgemeine Wehrpflicht einbringen könnten. Höchst wahrscheinlich würde ebenso wie bisher in Algerien das Bedenken bleiben, daß man eine Armee gegen sich hätte schaffen. Endlich werde immer gesagt, die deutsche Missionarität würde in manchen bis dreißig Jahren nicht mehr genügend Rohmaterial zur Verfügung haben, und in Marokko, namentlich im Susgebirge, gäbe es reiche Erzvorkommen. Für diesen Fall habe man sich entsprechend gefaßt. Die deutsche Politik hat in jeder Beziehung ihr Ziel erreicht, das von vorne herein darauf gerichtet war, unter Anerkennung des politischen Einflusses der Franzosen in Marokko bessere Garantien für die offene Tür zu erlangen, und für den durch die Verletzung der Agadir-Akte begangenen Rechtsbruch Frankreichs uns Kompensationen durch Abtretung kolonialen Gebietes zu sichern. Man möge dabei auch bedenken, daß die Franzosen uns französisches Gebiet abgetreten hätten, während wir nur Rechte ausgegeben, die wir mit anderen Mächten teilten. Was die Spanier anbelange, so müsse man abwarten, wie die Franzosen sich mit diesen aus einander setzen würden. Deutschland könne der Entwicklung der Dinge mit großer Ruhe entgegensehen.

Deutsches Reich.

Seine Postunion mit der Schweiz.

Das Zustandekommen einer Postunion zwischen der Schweiz und Deutschland, die von der Reichspostverwaltung zur Postersparnis in Vorschlag gebracht worden war, ist an den feststehenden Interessen der schweizerischen Postverwaltung gescheitert. Es wird darüber gedruckt:

Bern, 21. Nov. Die deutsche Reichspost hat bei der schweizerischen Postverwaltung vor einiger Zeit Anregung betreffend den Abschluß einer Postunion getan, wonach das Porto für 25 auf 10 Centimes herabgesetzt werden sollte. Die Schweiz hat diesen Vorschlag abgelehnt, da diese Reduktion einen jährlichen Einkommensverlust von mindestens zwei Millionen Franc verursachen würde. Die Schweiz hat bisher aus fiskalischen Gründen auch der Herabsetzung des Weltreisportes widerstrebt. Gegen den Abschluß einer Postunion mit Deutschland haben die Schweizer auch einige politische Bedenken. In der Französischen Schweiz würde der Abschluß eines solchen Postvertrages wahrscheinlich einiges Ansehen erregen.

Gefängnis für Steuermogelei.

Gutem Vernehmen nach wird sich in der kommenden preussischen Steuerreform eine Novelle unter anderem der Vorkasse befinden. Steuerhinterziehungen fortan nicht mehr nur mit Geldstrafen, sondern auch mit Gefängnisstrafen zu ahnden.

Der Vater dieses Vorschlages ist der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dr. Michalis.

Kleine vermischte Nachrichten.

Wechsel in der japanischen Botschaft. Der japanische Botschafter in Berlin Baron Chimba ist zum Botschafter in Washington und der japanische Gesandte in Stockholm Sugimura zum Botschafter in Berlin ernannt worden.

Abg. Dr. Heim schwer erkrankt. Der bekannte bayerische Rentzumsabgeordnete Dr. Heim ist von einem schweren

